Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 113. Sonnabend, den 20. Juli. 1867

Preußische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

21. Juli: Oesterreich nimmt Preußens Vorschlag einer 5tägigen Waffenruhe an.

22. Juli: Der österreichische Kriegsminister General von Degenfeld und der Graf Karolyi treffen im Hauptquartier zu Nicolsburg ein.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Situation.

Die „Prov.-Korr." enthält folgende Mittheilungen „In Betreff der nördlichen Distrikte von Schleswig ist im Prager Friedensvertrage bekanntlich die Abtretung an Dänemark in Aussicht genommen, falls die dortige Bevölkerung in freier Abstimmung den Wunsch zu erkennen gebe, mit Dänemark vereinigt zu werden. Um der Ausführung dieser Bestimmung näher zu treten, hat die preußische Regierung bereits vor einer Reihe von Wochen e ne Mittheilung an die königliche dänische Regierung gerichtet. Eine Erwiederung der letzteren ist darauf seither nicht erfolgt.

— Zur Charakteristik der Stimmung in Kurhessen ist die Lectüre der „Hess. Morgenztg." in hohem Grade interessant. Dieselbe fährt fort, sich in unumwundener Weise über das Verfahren gegen Kurhessen auszusprechen, dessen sie Preußen beschuldigt. Sie zählt in einem neueren Artikel die Versprechungen auf, welche General v. Beyer bei der Occupation der Residenz, ferner der Militär-Gouverneur, der Civil-Administrator und der Minister-Präsidene bei verschiedenen Gelegenheiten gegeben, citirt schließlich eine Stelle aus dem Besitzergreifungspatente und fährt dann fort: „Vergleicht man mit diesen verschiedensten Zeiten, bei den verschiedensten Gelegenheiten und von den verschiedensten Organen der Staatsregierung in feierlichster Weise gegebenen Zusicherungen die Art und Weise, wie: bisher gegen Kurhessen verfahren worden ist, und den Inhalt der getroffenen gesetzlichen Anordnungen, so tritt ein greller Wiederspruch zu Tage. Wo ist denn der Ausschuß aus den annectirten Ländern, dessen Mitwirkung bei den neuen Organisationen die Staatsregierung für empfehlenswerth hielt? Und wo ist die Commission der höheren Beamten aus den neuen Ländern, deren Zuziehung die Staatsregierung in bestimmte Aussicht gestellt hat? Die auf die Justizverwaltung und das Steuerwesen bezüglichen Gesetze und Einrichtungen der neuen Länder sollten nach dem bestimmten Ausspruche der Annexions-Commission bis zum 1. October 1867 unverändert fortbestehen, in so weit nicht eine dringende Nothwendigkeit die Aufhebung geböte. Diese Annahme, welche bei der Berathung des Gesetzes in den Kammern keinerlei Wiederspruch gefunden hat, enthält eine, wenn auch nicht rechtliche, so doch moralische Begrenzung der „Dictatur." Lag denn nun eine dringende Nothwendigkeit vor, gerade die Gesetze über das Justiz- und Steuerwesen vor allem Andern zu beseitigen? Es soll nach der bündigen Erklärung des Ministerpräsidenten „Alles in den neuen Ländern erhalten werden, was Preußen irgend ertragen kann." Man fragt im Hinblick auf das bisher Geschehene und Bevorstehende billig: sollte wirklich der preußische Staat es nicht ertragen können, daß in Kurhessen ein anderes, ohnehin weit besseres Prozeßverfahren für die Dauer des September d. J. (mit dem 1. Oktober d. J. hört die Dictatur auf) bestehe, als in Preußen? Sollte der Staat wirklich dadurch in eine große Gefahr gebracht worden sein, wenn die oberste Instanz in Civilrechtssachen noch länger in Cassel, Celle und Wiesbaden bliebe, statt in Berlin? Und ist es wirklich mit dem preußischen Staate so weit gekommen, daß die einseitige Einführung der preußischen Steuern und die Aufhebung der kurhessischen Steuergesetzgebung vor dem 1. October eine unabwendbare Nothwendigkeit war? Und nun vollends der Staatsschatz und der Laudemialfonds! Welches sind denn die berechtigten Eigenthümlichkeiten, deren „Schonung" die Staatsregierung zugesichert hat? Die werthvollste ist jedenfalls der Staatsschatz; allein er ist nicht bloß eine berechtigte Eigenthümlichkeit, sondern auch ein berechtigtes, vertragsmäßiges, unantastbares Eigenthum des Landes."

Ueber die Stimmung in Hannover giebt folgende Correspondenz Aufschluß. Das Schweigen sämmtlicher hannöverscher Blätter über die Wahl der Vertrauensmänner ist ein Beweis, daß dieselbe zum Theil nicht Beifall findet. Daß von 24 Vertrauensmännern 10 dem Stande der Ritter angehören, findet man unverhältnißmäßig für eine Provinz, in der die Rittergüter nur 7% der Forsten nnd nur 6% des Culturlandes besitzen. Daß unter den Rittern der undotirte Graf v. Borries sich befindet, entschuldigt man, da er Verwaltungsroutine und Kenntnisse reicher Art besitzt. Wie man zu der Wahl anderer Ritter gekommen ist, bei denen sich weniger technische Kenntnisse, noch sonstige Vorzüge finden, begreift man nicht, so die Wahl des Schatzraths v. Bothmar, der von der particularistischen Partei der Volkszeitung seligen Andenkens auf das Schild gehoben, öffentlich erklärte, er nehme die Candidatur zum Reichstagsabgeordneten lediglich deshalb an, weil der Dr. Oppermann den Obergerichtsrath Plank warm zum Deputirten empfohlen, und der dann im Reichstage ein malcontentes Schweigen beobachtete, mit den Particularisten stimmte und 14 Tage die Versammlungen gänzlich versäumte. Auch bei den zahlreichen Personalveränderungen unter den Präsidenten der Obergerichte, sofern sie nicht Beförderungen betreffen ref. Degradation (wie die Versetzungen von großeu an kleine Obergerichte), vermißt man die Gründe. Die neueste vom Staatsanzeiger veröffentlichte Verordnung der Einführung des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung für die annectirten Länder findet in zweiter Beziehung sämmtliche Juristen als Gegner. Unsere erst 1859 revidirte Strafproceßordnung, die sich der rheinischen mehr anschließt, hat unzweifelhafte Vorzüge. In Bezug auf die Polizeistrafgesetzgebung hat man den Hannoveranern einige Eigenthümlichkeiten gelassen, nm die Altprenßen dieselben nicht beneiden wird. Die Wuchergesctze hören aber mit dem 1. September auf, auch die Aburtheilung von Polizeivergehen durch die Verwaltungsbehörden, wodurch Graf Borries diesen verstärkte Auctorität schaffen wollte. Ob man die Verhandlungen der Vertrauensmänner der Oeffentlichkeit ganz oder theilweise entzieht, ob man die Entwürfe über Provinzialstände, Kreise rc., welche Hr. Regierungsrath Küster jetzt in Berlin ausgearbeitet hat, veröffentlicht und der Kritik unterwirft, darüber weiß man noch nichts.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Die Nachrichten von einem Wechsel in ver Person des preußischen Botschafters in Paris sind döllig grundlos. Auch von einem bevorstehenden Wechsel in der Person des französischen Botschafters in Berlin ist in unterrichteten Kreisen bisher Nichts bekannt."

Ueber die ersten Verwaltungseinrichtungen des norddeutschen Bundes berichtet die „Prov. Korresp.": „Der Minister-Präsidet Graf Bismarck ist von Sr. Majestät dem Könige zum Bundeskanzler ernannt worden. Dem Bundeskanzler steht (nach Art. 15 der Bundesverfassung) der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte desselben zu. Ferner bedürfen alle Seitens des Bundespräsidenten (der Krone Preußens) im Namen des Bundes zu erlassenden Anordnungen und Verfügungen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt; derselbe ist der einzige verantwortliche Minister des Bundes. Dem Bundeskanzler ist (nach Art. 15 der Verfassung) ferner das Recht vorbehalten, sich durch ein anderes Mitglied des Bundesraths, vermöge schriftlicher Ernennung, vertreten zu lassen. Dieser Stellvertreter wird den Titel eines „Bundes-Vicekanzlers" führen. — Das Bnudesgesetzblatt, welches (nach Art. 2 der Bundesverfassung) behufs rechtsverbindlicher Verkündigung der Bnndesgesetze gegründet werden soll, wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden. Die erste Nummer desselben wird nächst der Verfassung des norddeutschen Bundes die Ernennung des Bundeskanzlers und die Verordnung des Bundespräsidiums wegen der Gründung des Bundesgesetzblattes selbst enthalten."

— Zum Oberpräsidenten in Hannover soll der Regierungspräsident v. Nordenflycht in Minden designirt sein, der im Abgeordnetenhause zu den schroffen Conservativen gehört. Außer Altpreußen haben die Worte conservativ uud selbst reactionär nicht mehr dieselbe Bedeutung wie bei uns, und in Hannover werden conservative Beamte im preußischen Sinne um so weniger an der Stelle sein, als dort nur die liberalen Elemente preußisch gesinnt und alle dortigen Conservativen Gegner Preußens sind. — Aus der Schweiz meldet man, daß in Jukuhama zwischen Preußen und der Schweiz ein Conflict über ein Stück Land ausgebrochen ist, welches die japanesische Regierung dem schweizerischen Consul Dr. Lindau — einem Preußen — abgetreten hatte, und dieser auf seinen Namen hatte schreiben lassen. — Als der neue schweizerische Consul es in Besitz nehmen wollte, duldete natürlich der preußische General-Consul nicht, daß die eidgnössische Fahne auf dem Grundstücke aufgezogen wurde, und weil eine preußische Corvette in der Nähe war, mußte der Schweizer nachgeben. — Bei der am 15. d. Mts. abgehaltenen Versammlung des Wahl-Vereins der deutschen Fortschrittspartei zu Breslau wurde nach lebhafter Discussion der Antrag von Dr. Stein: „Bei Vorschlägen von Candidaten für die nächsten Reichstagswahlen ist die Thatsache nicht entscheidend, ob die Vorzuschlagenden für oder gegen die Norddeutsche Verfassung gestimmt oder sich anderweit für oder gegen dieselbe erklärt", mit 86 gegen 85 Stimmen angenommen.

— Die Behauptung einiger Blätter, daß die Regierung beabsichtigtige, Vertreter des alten befestigten Grundbesitzes aus den neuen Ländern in das Herrenhaus zu berufen — sagt die die „B. B.-Z." — ist unrichtig; die Regierung beabsichtigt zwar, das Herrenhaus aus den nenen Landestheilen zu ergänzen, jedoch mit Ausnahme der Kategorie des alten befestigten Grundbesitzes, aus welchem also einstweilen keine Vertreter ins Herrensaus berufen werden sollen. Jene irrige Angabe dürfte sich wesentlich darauf zurückführen, daß dem Vernehmen nach Georg v. Vincke (der es reichlich verdient hat) ins Herrenhaus berufen werden soll; indeß wird diese Berufung wohl auf andere Weise motivirt werden, als durch seinen Grundbesitz in Hannover.

— Die letzten Verhandlungen im gesetzgebenden Körper zu Paris, welche die mexikanische Angelegenheit berührt haben, sind wohl geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Eine solche Sprache, wie sie Jules Favres gegen den Kaiser geführt hat, ist seit Jahren in Frankreich nicht gehört worden, und der Beifall, mit welchem seine Worte in ganz Frankreich aufgenommen worden sind, zeigt, daß das französische Volk endlich zu dem Bewußtsein der Rolle kommt, welches es unter dem zweiten Kaiserreiche spielt. Von der Erkenntniß dieser schiefen Stellung bis zu dem Wunsche bis zur That pflegt das französische Volk selten viel Zeit zu gebrauchen, und so mag denn Napoleon bei dem Lesen der Worte, die Jules Favres gesprochen, wohl gezittert haben für sein und seines Sohnes Geschick. Das Volk in Frankreich grollt ernstlich, das erkennt der Kaiser sowohl wie seine Gegner, und es fragt sich für ihn nur, ob es ihm gelingt, diesem Grollen durch die Entzündung eines Krieges eine solche Richtung zu geben, daß sich seine Klagen nicht direkt an ihn richten. Es wird wohl Niemand zweifeln, daß Napoleon es mit diesem letzten Mittel versuchen wird, und daß offen proclamirte Ziel dieses Krieges wird die Herstellung der Rheingrenze sein. Mit diesem Zauberwort hofft der Kaiser noch im letzten Moment die aufgeregten Gemüther zu seinen Gunsten stimmen zu können. In den Gründen aber, die Napoleon zum Kriege treiben werden, liegt es, daß seine Stellung nach der ersten Niederlage auf dem Schlachtfelde eine eben so gefährdete sein wird, wie sie schon jetzt ist, ja vielleicht wird sie noch gefährdeter, und er wird deshalb den Krieg gegen Deutschland gleich mit solcher Energie beginnen, daß er gegen solche Eventualitäten geschützt zu sein glaubt. Daß solche Aussichten für uns nicht erfreulich sind, liegt auf der Hand, aber mögen sie uns

nicht ängstlich machen, sondern mögen sie uns im Gegentheil anspornen, möglichst schnell das zu schaffen, was allein den wirksamsten Schutz bietet, gegen alle solche drohenden Gefahren; nämlich ein in Freiheit geeinigtes Deutschland.

— Der mehrerwähnte Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Fürsten von Waldeck ist nach der „Darmst. Ztg.“ so gut wie abgeschlossen. Wie dies Blatt mittheilt, sollen sich die Verhandlungen, welche vom Geh. Regierungsrath Klapp in Berlin gepflogen werden, nur noch auf präcisere Fassung im Einzelnen beziehen. Auf volle Einverleibung der Form nach, während sie dem Wesen nach vollzogen wird, soll man deshalb in Berlin nicht eingegangenen sein, weil man unangenehme Interpellationen von Seiten Oesterreichs und Frankreichs vermeiden wollte, Rücksicht auf Süddeutschland nehmen zu müssen glaubte, um die süddeutschen Staaten von näheren Beziehungen zu dem norddeutschen Bunde und dem eventnellen Eintritt in denselben nicht abzuschrecken, namentlich aber noch aus dem inneren Grunde, weil Preußen im norddeutschen Bunde 17 Stimmen zählt und durch den Abgang von Waldeck keine weitere gewinnt, sondern nur eine von ihm bereits ganz abhängige verliert. Eben deshalb wurde bei sonst ganz voller Mediatisirnng des Fürsten von Waldeck die Bestimmung aufgenommen, daß die Beamten neben dem dem Könige von Preußen zu leistenden Diensteide den Eid auf waldeck'sche Verfassung leisten sollen und ohne Einwilligung des Fürsten an derselben nichts geändert werden darf. Dies gilt als die dem Fürsten belassene Souveränetät, um ihn als Souverän in der Eigenschaft eines norddeutschen Bundesfürsten seine Stimme führen zu lassen. Als Bezeichnung für Gebietserwerbung in solcher Form ist der Ausdruck „Accession“ in das diplomatische Wörterbuch eingetragen, da der Vertrag als „Accessionsvertrag“ den Ständen in Waldeck vorgelegt wurde.

Aus Thüringen. Die „Gothaer Zeitung“ meldet: „Die Umänderung und Vermehrung der Infanterie in den thüringischen Staaten nach preußischem Muster wird binnen Kurzem beginnen. Nach Sachsen-Weimar ist schon ein preußischer Stabsoffizier zur Uebernahme des dortigen Regimentskommandos kommandirt, in Altenburg wie Koburg-Gotha befinden sich solche schon seit längerer Zeit, und nach Meiningen und in die reußischen und schwarzburgischen Länder werden preußische Offiziere ebenfalls gesandt werden. So wie die jetzigen Uniformen aufgebraucht sind, erhalten alle Truppen preußische Ausrüstung.“

Stuttgart. Die schon früher angekündigte vertrauliche Versammlung von Mitgliedern der süddeutschen Anschlußpartei, welche dann später wieder abbestellt wurde, wird nun doch, uud zwar am 3. August, in einem Saale der Liederhalle hier stattfinden. Die Zahl der Theilnehmer soll auf etwa 50 beschränkt sein. Da aus Baiern etwa 20 Herren erscheinen werden, so beschränken sich die Würtemberger auf 15, der Rest entfällt auf Baden nnd Hessen. Die Baiern haben eine Verständigung über die Stellung Süddeutschlands zum norddeutschen Bund namentlich in der Zollvereinsfrage, in Aussicht genommen. Sie wollen von der Stuttgarter Versammlung und deren Tendenz den Mitgliedern der großdeutschen Partei Nachricht geben und auf Grund der zu Stuttgart gefaßten Beschlüsse eine Verständigung mit den Großdeutschen Baierns suchen. Dies wird in Baiern wohl angehen, nicht aber in Würtemberg; denn ein würtemberger Großdeutscher ist etwas ganz Anderes als ein bairischer. Viele Mitglieder der großdeutschen Partei haben die bekannte Adresse an Hohenlohe unterschrieben und stehen daher in der nationalen Frage der Richtung der Fortschrittspartei nicht sehr fern. In Würtemberg dagegen ist Herr v. Varnbühler vielleicht der einzige zur preußischen Hegemonie bekehrte Großdeutsche. Alle Anderen, ob sie nun der ultramontanen (Wiest) oder der demokratischen (Schott und Oesterlen) Fraktion, oder der ultramontan-demokratischen (Probst) angehörigen, widerstreben der Neugestaltüng Deutschlands unter preußischer Führung aufs Heiligste. Daher hat die deutsche Partei in Würtemberg schon lange auf jeden Versuch zur Verständigung nach dieser Seite hin verzichtet. Für den 3. August wünscht sie die Aufstellung eines süddeutschen Programms. Sollte es aber auch nicht hierzu kommen, so hoffen wir doch Alle auf ein sonstiges erfreuliches Resultat des Tages, an welchem fünfzig bestverleumdete Patrioten in einem Gedanken zusammentreten, in dem, so viel an ihnen ist, zu des Vaterlandes Wohl beizutragen. (Berl. Ref.)

Oesterreich.

— Seit einigen Tagen cirkuliren in Wien (d. 15.) wieder Gerüchte über Abmachungen zwischen Oesterreich und Frankreich. Man sagt es sei eine Vereinbarung zu Stande gekommen für den Fall, daß Rußland aktiv in den Kampf trete, oder daß es den Moment der Verwirrung benutze, nm im Orient seine langgehegten Pläne durchzuführen. Im andern Falle, wenn ein Streit zwischen Frankreich und Preußen ausbricht, würde sich Oesterreich neutral verhalten und sich die Freiheit des Handelns nach Maßgabe der Umstände vorbehalten. Es soll daher jede Provokation, ja selbst der Schein vermieden werden, als sei Oesterreich geneigt, sich an einem Kriege zu betheiligen. Herr v. Beust glaubt für eine derartige Politik auf die Zustimmung des Reichsraths und des ungarischen Reichstags rechnen zu können. Er weiß, daß die Vertretungen beider Reichshälften gegen den Abschluß einer jeden Allianz sich erheben würden, welche Oesterreich, das vor Allem der Schonung und Sammlung seiner Kräfte bedarf, so lange es irgendwie mit Ehren zu vermeiden möglich, in eine kriegerische Aktion hineinziehen könnte. Er glaubt aber auch darauf rechnen zu können, daß falls Rußland aktiv gegen Oesterreich auftritt, beide Vertretungen darin einig sein werden, daß es nur im Bunde mit Frankreich möglich sei, den Sturm zu beschwören. Was namentlich Ungarn betrifft, so glaubt man, daß dieses um so weniger etwas gegen eine solche Politik einwenden wird, da es ja von der orientalischen Angelegenheit zunächst berührt wird und das spezifisch-ungarische Interesse gerade bei dieser Frage zunächst betheiligt ist.

— Die „Abendpost“ erklärt „die beunruhigenden Gerüchte über ein Mitglied des Kaiserhauses“ (den Gemüthszustand der Erzherzogin Sophie, Mutter des Kaisers und des Erzherzogs Maximilian) für schlechthin erfunden und giebt der Hoffnung Ausdruck, „daß in Zukunft ein natürliches Anstandsgefühl die Blätter von der Veröffentlichung derartiger Nachrichten abhalten werde, deren Verbreitung mit den gewiß allseitig vorauszusetzenden Gesinnungen schuldiger Ehrfurcht für die Mitglieder des Kaiserhauses nicht vereinbar ist.“

— Eine Petition an den Czaar um baldige Errichtung einer panslavistischen Universität in Warschau cirkulirt hier. Die Petition betont die Bitte um czechische Vorträge, da aus der Prager Universität die czechische Sprache verdrängt sei. Im Falle der Berücksichtigung der Petition seien die czechischen Studenten entschlossen, die Warschauer Universität zu besuchen.

— Nachdem nunmehr auch das Herrenhaus in seiner gestrigen Sitzung durch die Annahme des Deputations-Gesetzes dem Regierungs-Programm seine Zustimmung ertheilt hat, ist der Dualismus als oberstes Staatsprinzip von dem Reichsrathe anerkannt, und die Deputationen der beiden Vertretungen werden nun binnen Kurzem ihre Arbeiten beginnen. Daß die feudale Fraktion damit nicht einverstanden ist, war vorauszusehen; Herrn v. Beust war es übrigens leicht, die von dem Grafen Leo Thun erhobenen Bedenken zurückzuweisen, denn wenn der Graf bemerkte, der Ausgleich sei nicht vollständig, so lange nicht die Kroaten und Czechen damit einverstanden seien, so konnte Herr v. Beust allerdings fragen, welch' einen anderen Weg er wisse, um zum Ausgleich zu gelangen. Gesetzt, man erfülle heute die mit dem Bestande Oesterreichs schwerlich zu vereinbarenden Forderungen der Czechen und Kroaten, so wird man damit die Deutschen und Ungarn ins entgegengesetzte Lager treiben, was jedenfalls bedenklicher wäre, als das Schmollen der Slaven. — In den Regierungskreisen hofft man, daß die Deputation der Dreißig, je fünfzehn aus dem ungarischen Reichstag und dem Reichsrath, unter dem Druck der nichts weniger als eine lange Friedensdauer in Aussicht stellenden politischen Lage sich beeilen werde, das Haus im Innern in Ordnung zu bringen. Der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy und der Finanzminister v. Lonyay sind in Wien, um die letzten Punkte zu vereinbaren. Inzwischen gestaltet sich aber die Stimmung in Ungarn immer verdrossener, kälter und grämlicher; man fürchtet die finanziellen Folgen des Ausgleichs. Die Mehrheit der Komitate zeigt sich nichts weniger als entgegenkommend und, da die Haltung der Komitate schwerlich ohne Einfluß auf die Deputirten bleiben wird, so wird es des ganzen Ansehens Deak's bedürfen, um die Sanktion der Beschlüsse der Deputation durch den Reichstag zu erlangen. Hier ist man entschlossen, Alles zu thun, um den Ausgleich zu fördern nnd wird sich zu diesem Ende bis an die Grenzen des Möglichen entgegenkommend zeigen. Was man aber fordert, das ist Ehrlichkeit, und so wie man Ungarn das Recht zugesteht zu verlangen, daß seine Beitragsquote zu den gemeinsamen Angelegenheiten gewissenhaft nach seiner Leistungsfähigkeit bestimmt werde, so verlangt man andererseits, daß es keinen Zweifel an seiner Leistungswilligkeit aufkommen lasse. Nur dann sei ein billiger und den Interessen der beiden Reichshälften entsprechender Ausgleich denkbar.

— Im Abgeordnetenhause ist am 16. d. der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 79 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Frankreich.

— Der Kaiser soll in Folge der vielen Fürsten-Besuche in diesem Jahre schon 30 Millionen verausgabt haben.

— Die Rede Rouher's a. 15., welche sehr friedlich klang, bildet den Gegenstand aller Gespräche. Die „France“ sucht nachzuweisen, daß der Friede nur gesichert sei, so lange der status quo in Deutschland aufrecht erhalten bleibt. Nach ihrer Ansicht hätte also Frankreich zu interveniren, wenn es der deutschen Nation etwa gefiele die Mainlinie zu überschreiten. Daß Rouher und der Kaiser keinen Krieg wünschen, wurde schon oft hervorgehoben, und wenn ersterer in seiner Stellung belassen wird, so geschieht es schon darum, weil der Kaiser das Vertrauen der europäischen Regierungen in die Friedensliebe Rouher's kennt. In den militärischen Kreisen aber, in den meisten Regierungskreisen und in den Augen der Majorität „thut Frankreich seine Pflicht nicht,“ wenn es sich nicht auf einen Krieg vorbereitet. Die Anzeige des "Armee-Moniteur" von der Wiederherstellung der 23 Artillerie-Batterien ist nicht geeignet, den Ansichten Ronhers unbedingten Glauben zu verschaffen.

Italien.

— Nach einem Berichte der „Unita Catolica“ über die Zahl der zum Centenarium hier zusammengeströmten Fremden sind gekommen: 15 Cardinäle, 465 Bischöfe, 10,000 italienische Priester, 8000 fremde Priester, 1200 Ordensgeistliche und 85,000 Laien. Zu diesen letzteren sind die nicht gezählt, welche ohne Paß kamen, als Angehörige der päpstlichen Provinzen. Man hat ausgerechnet, daß Rom während eines Monats 100,000 Fremde aufgenommen hat. Angenommen, daß im Mittel jeder derselben täglich 2 Scudi ausgegeben habe, und das ist ein Minimum (?), so sind in Rom 6 Milionen Scudi geblieben, mehr als 30 Millionen Lire in einem einzigen Monate. Die bei dieser Gelegenheit eingegangenen Opfer und Peterspfennige belaufen sich bis jetzt auf 5 Milionen Lire und die Rechnung ist noch nicht abgeschlossen, außerdem 200 Lire in Billetten der pästlichen Schuld. — Die Durchräucherungen der von Rom kommenden Fremden dauern in den italienischen Grenzstationen fort; die fremden Priester beschweren sich darüber mit Bitterkeit in den klerikalen Blättern. In Folge der Besorgnisse vor der Cholera sind in Italien alle Truppendislokationen eingestellt worden.

Spanien.

— Aus den officiellen statistischen Berichten geht hervor, daß von dem Grund und Boden in ganz Spanien 45% ganz ertragslos sind und daß nur ein Drittheil desselben wirklich bebaut wird. Die Interessen der Staatsschuld sind in den letzten zehn Jahren um 357 Millionen Realen gestiegen. Die Carthäuser von Grenoble haben zu Badalona in Catalonien ein altes Kloster gekauft und errichten dort eine Filiale.

Amerika.

Der juaristische General Escobedo sandte dem mexikanischen Kriegsminister folgende Depesche, um die erfolgte Hinrichtung zu melden;

„San Luis Potosi, 19. Juni 1867. Bürger Kriegsminister. Am 14. dieses Monats um 11 Uhr Abends hat das Kriegsgericht Maximilian von Habsburg, Miguel Miramon und Thomas Mejia zur Erleidung der äußersten Strafe des Gesetzes verurtheilt. Da das Uetheil in dem Hauptquartier bestätigt wurde, war seine Vollstreckung für den 16. d. befohlen. Die Hinrichtung ist auf Befehl der Regierung bis auf heute verschoben. Es ist jetzt 7 Uhr Morgens, Maximilian ist soeben erschossen worden. Machen Sie gefälligst den Bürgern der Republik davon Mittheilung.

(gez.) Eskobedo.“

Herr von Magnus, der preußische Gesandte, traf in Queretaro am Tage vor der Hinrchtung ein und schickte sofort telegraphisch einen Protest an den auswärtigen Minister des Präsidenten Juarez, welcher um 9½ Uhr an demselben Abend von diesem in Empfang genommen wurde. Die Antwort lautete:

San Luis Potosi, 18. Juni, 10 Uhr Abends An Baron A. v. Magnus in Queretaro. Ich bedaure, Ihnen in Antwort auf Ihr Telegramm, welches Sie so freundlich waren mir diesen Abend zu senden, sagen zu müssen, daß, wie ich Ihnen bereits vorgestern ausgedrückt habe, der Präsident der Republik nicht der Ansicht ist, daß es im Hinblick auf die großen Gebote der Gerechtigkeit, und die Nothwendigkeit, den zukünfttgen Frieden der Republik zu sichern, möglich sei, Maximilian von Habsburg den Pardon zu bewilligen. Ich bin u. s. w. Ihr ergebener Diener S. Lerdo de Tejada.

Die neuesten Nachrichten aus Mexiko melden, daß Veracruz am 27. kapitulirte. Die Fremdenlegion kam, noch 500 Mann stark, mit dem Dampfer „Tobasko“ in Mobile an. In Texas trafen zahlreiche mexikanische Flüchtlinge ein. General Santa Anna wurde am 25. in Sisal erschossen. Juarez entschied, daß Alle, die unter dem Kaiser in der Armee gedient, bis zu ihrer Rehabilation durch die Central-Regierung des mexikanischen Bürgerrechts verlustig sein sollen ferner Oberste mit sechsjähriger, Oberst-Lieutenants mit fünfjähriger u. Kapitäns mit zweijähriger Haft bestraft, alle auswärtigen Soldaten verbannt und kaiserliche Generale und hohe Civilbeamte des Hochverraths angeklagt werden.

Provinzielles.

S. Das Königliche Schullehrer-Seminar zu Berent. Die Zunahme der Bevölkerung und der fühlbare Mangel an Lehrern bedingte die Einrichtung eines neuen katholischen Seminars zu Berent für den Regierungsbezirk Danzig. Die Eröffnung dieses neuen Seminars fand den 1. Dezember 1866 statt; die erste Aufnahme-Prüfung war den 20. November.

Durch das neue Berenter Seminar ist Auswahl und Concurrenz geschaffen. Wenn sämmtliche Aspiranten des dortigen Bezirks für die Folge nach Beren und nicht mehr nach Graudenz gehen werden, dann werden nicht mehr so viel Prüflinge wie bisher in letzterem durchfallen.

Herr Pfarrer Wodecki aus Neuenburg wurde zum Seminar-Direktor, Herr Th. Kawitsch, zuletzt am Correctionshause zu Graudenz angestellt gewesen, zum Musiklehrer ernannt; die anderen Herren Lehrer sind Herr Wöllke aus Löbau und Herr Spohn aus Thorn. Der Herr Direktor des Berenter Seminars wohnte mit noch 2 Lehrern dem Unterrichte in allen Seminarklassen zu Graudenz bei und nahm von allen Einrichtungen des Seminars Kenntniß, wahrscheinlich im Auftrage des Provinzial-Schul-Collegiums.

Unter dem Vorsitze der Regierungs- und Schulräthe Herren Dr. Ditke und Wanjura fand die Seminar-Aufnahme-Prüfung den 9. und 10. Juli statt. 27 Aspiranten hatten sich zu derselben gestellt, von denen 23 die Prüfung bestanden haben.

Der Herr Seminar-Direktor prüfte in der Religion, der Herr Musiklehrer im Violin- und Orgelspiel so wie in den Realien und Herr Spohn im Deutschen, Rechnen und in der Geometrie.

Die schriftlichen Arbeiten waren folgende: Deutsch: Ueber den Weizen. Dictat: Der Wegweiser. — Interpunktion wurde dictirt.

Rechnen: zusammengesetzte Regeldetri-Aufgaben und Zeitrechnungen. Polnisch: dictirt.

Die Zöglinge der frühern III. Klasse wurden sämmtlich in die II. Klasse versetzt. Der Seminar-Unterricht wird den 4. September eröffnet, alsdann haben sich alle beim Herrn Seminar-Direktor zu melden; die 7 wöchigen Ferien, welche dieselben haben, werden sie noch körperlich stärken.

Daß sich so wenig zur Aufnahme-Prüfung gemeldet haben ist wunderbar; doch die Zeiten haben sich geändert. Man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Lehrer auch nicht auf Rosen tanzt und daß derselbe ebenfalls mit Freuden und Leiden zu kämpfen hat. Der Zudrang wird bald größer sein, wenn die Zuschüsse zu den Lehrergehältern in Kraft treten werden.

Lokales.

— **Zu den Reichstagswahlen.** Gestern, am Freitag den 19. d., hatte hierorts eine Versammlung einflußreicher deutscher Wähler zur Vorberathung über die bevorstehende Reichstagswahl statt. In der Versammlung waren alle deutschen politischen Fraktionen vertreten. Man faßte zunächst die Kandidatur des Herrn Justizrath Dr. Meyer ins Auge, nahm jedoch von einer definitiven Beschlußnahme in dieser Beziehung Abstand, da zum 25. d. hierorts eine Wählerversammlung zur Wahl eines definitiven Wahl-Comite's einberufen werden soll, welchem die weiter erforderlichen Vorbereitungen zur Wahl vorbehalten bleiben sollen.

Der Magistrat hat bekannt gemacht, daß die Wahllisten von heute, den 20. d., bis zum 27. d. Mts. zu Jedermanns Einsicht im Büreau der Magistrats-Kalkulatur ausliegen werden. Wenngleich die Wahllisten mit besonderer Aufmerksamkeit angefertigt sind, so dürfte es doch zweckmäßig sein, der Bekanntmachung Folge zu geben. Es darf uns, den Deutschen, keine Stimme verloren gehen. Wahlberechtigt, das sei noch in Erinnerung gebracht, ist jeder unbescholtene Staatsbürger jedes der zum norddeutschen Bunde zusammengetretenen Staaten, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Demnach haben kein Recht an der Wahl theilzunehmen: Ausländer, welche im Bundesgebiet wohnen, aber nicht naturalisirt sind. Ferner dürfen nach dem Wahlgesetze nicht mitwählen Personen, welche unter Vormundschaft und Kuratel, sowie im Konkurse stehen, Almosenempfänger, Bescholtene.

— **Handelskammer.** Jahresbericht p. 1866 (Fortsetzung.) Im Abschnitt des Berichts über den „Geldverkehr" wird hervorgehoben, daß die hiesigen Geld-Institute, an ihrer Spitze die Königl. Bank-Commandite, durch ihre Coulance und Umsicht der Geschäftswelt wesentliche Dienste geleistet haben.

	Gesammtgeschäftsumsatz
1) Die Königl. Bank-Commandite . .	20,635,500 Thlr.
2) Thorn. Kred.-Ges. G. Prowe & Comp.	5,850,478 „
3) Vorschußverein (Einnahme)	554,180 „
4) Kredit-Bank v. Donimirski, Kalkstein, Lyskowski	3,983,752 „
5) Kredit-Gesellsch. C. G. Hirschfeldt & Comp. (Kassenumsatz)	729,800 „
Gesammt-Summa	31,753,710 „

Bei allen diesen Instituten war das Geschäft größer als 1865, nur bei der städtischen Sparkasse hat die Summe der Spareinlagen im v. J. in Folge des Krieges um 8000 Thlr. abgenommen, so daß dieselben beim vorjährigen Abschluß nur 32,331 Thlr. betrugen.

Bezüglich der „Verkehrsverhältnisse" ersehen wir aus dem Bericht, daß der Verkehr bei der Königl. Telegraphen-Station, wie beim Königl. Postamte frequenter war als im vorigen Jahre.

Für das Speditionsgeschäft sind trotzdessen, daß dasselbe auf dem Weichselwege im v. J. fast gleich Null war und auf der Eisenbahn erst nach dem Frieden lebhaft wurde, günstige Momente eingetreten. Der Bericht sagt hierüber: „Das hiesige Bahnhofs-Expeditions Geschäft hat durch die anhaltend sich steigernde Benutzung der Versendung im direkten Verkehr von den diesseitigen See- und Handelsplätzen nach Polen starke Ausfälle gehabt. Ein Aequivalent hiefür trat ein mit und durch die Eröffnung der Lodzer Fabrikbahn, durch welche Thorn mit Lodz in direkte Verbindung gekommen ist. Noch im Vorjahre war eine Konkurrenz der diesseitigen Route nach Lodz gegen jene Linien, welche von Schlesien und Posen aus auf dem Landwege nach Lodz führten, nicht möglich und Sendungen von hier nach Lodz mit Ausnahme roher Baumwolle, welche zollfrei nach Polen einging, kamen äußerst selten vor. Seit besagter Fabrikbahn giebt es aus dem Norden und Westen Deutschlands keinen billigeren und näheren Weg nach Lodz als über Thorn und Alexandrowo, welcher Umstand das hiesige Speditions-Geschäft nach Lodz, dessen Verbrauch kein unbedeutender ist, zu einem lebhaften gestaltet hat."

Nicht ohne fördernden Einfluß auf das hiesige Speditions-Geschäft ist auch die Thatsache, daß der Schmuggelhandel nach Polen nicht blos hier, sondern auch an anderen Grenzorten in Folge einer besseren Organisation des russischen Grenzzolldienstes völlig aufgehört hat.

Der Weichselschifffahrtsverkehr ist dagegen im Abnehmen begriffen. „Für die Weichselschifffahrt war das vorige Jahr, nach dem Bericht, wie schon die letzteren Jahre, nicht günstig. Die Ernten bei uns und in Polen hatten kein so starkes Quantum Getreide geliefert, daß durch die Verfrachtung desselben die Schiffer dauernde Beschäftigung fanden. Einige 100 Kähne von Weichsel-Schiffern waren, wie gewöhnlich, im Herbst 1865 nach Polen hinaufgefahren, um dort zu überwintern und dann, das Hochwasser des Frühjahrs benutzend, mit starken Ladung herabzuschwimmen. Es fanden sich aber diese Ladungen aus Mangel an Waare nicht in dem erhofften Maaße; das Wasser fiel schnell ab und viele Kähne konnten aus Mangel an Wasser mit selbst kleinen Ladungen gar nicht fortkommen und mußten in Ober-Polen liegen bleiben. — Anderseits scheint auch die Consumtionsfähigkeit in Polen seit der letzten Revolution bedeutend gelitten zu haben, so daß weniger Waaren bezogen werden. Die Schiffer klagen mit allem Grunde, daß es schwer hält in Danzig Ladung für Polen zu erhalten. Ueberdem entzieht die Eisenbahn dem Wasserverkehr einen sehr namhaften Theil seiner Beschäftigung. Es sind namentlich Heringe und Kohlen, welche früher ausschließlich dem Wassertransport anheimfallend, jetzt in großen Massen auf der Bahn versendet werden, nachdem die Königl Ostbahn, die Warschau-Thorner und Warschau-Wiener Line die Frachten für diese Artikel bedeutend herabgesetzt haben und wir die schlesischen Kohlen in schöner Qualität und billiger als die englischen, mit der Bahn in beliebigen kleineren Quantitäten jeder Zeit bequem herlegen können. — Die früher so lebendige polnische Dampfschifffahrt hat in Folge dieser Verhältnisse fast ganz aufgehört und sucht sich nur durch den Betrieb auf kürzeren Strecken im innern Polen oder durch Uebernahme außergewöhnlicher Transporte mühsam zu erhalten. — Nach alledem können wir der Weichselschifffahrt nur ein sehr ungünstiges Prognostikon für die Zukunft stellen. — Nicht unbemerkt können wir es lassen, daß Seitens der Schiffer anhaltend über die Unbilden geklagt wird, denen sie in Polen ausgesetzt sind. Daß kontraktliche Versprechungen Seitens der Versender nicht erfüllt werden, ist etwas Gewöhnliches; zu prozessiren ist in Polen ganz unmöglich und wenn Schiffer auf ihrem Recht bestehen zu müssen glauben oder um sich Rath und Hilfe zu schaffen von einem Ort zum andern begeben wollen, sind sie den schlimmsten Vexationen der polnischen Paßbehörden ausgesetzt, ja sie riskiren ohne alles Weitere, wie es zum öfteren vorgekommen, auf einige Tage inhaftirt zu werden, da man sich keinen Widerspruch gefallen läßt."

(Schluß folgt.)

— **Geschäftsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung im Kreisblatte findet am 24. d. Mts. 9 Uhr früh in der Gegend zwischen Ollek und Schloß Birglau und am 25. d. Mts. zu selbiger Zeit zwischen Ollek und Przysiek der meistbietende Verkauf des bei dem Manöver des hiesigen Regiments benutzten Lagerstrohes statt.

— **Aus Polen** ging die Mittheilung hier ein, daß in Folge des Hochwassers der Weichsel die Schiffbrücke bei Plock stark beschädigt und die bei Wloclawek zerstört ist.

— **Die Leiche** des unbekannten Mannes, welche vom Strome in einem Krankenkorbe des städt. Krankenhauses am 17. d. fortgeführt wurde, ist in Gurske festgehalten und dort beerdigt.

— r. **Nischewken, den 19. Juli.** Durch die furchtbare Ueberschwemmung der Weichsel in diesen Tagen, ist die ganze Ernte und der größte Theil der kostspieligen Einfriedigungen der Grundstücke in unserer Niederung verloren gegangen; die Noth ist wirklich groß und Viele sind ruinirt. — Es steht daher wohl zu erwarten, daß die Nachricht von diesem Unglück mitleidige Herzen zur Barmherzigkeit und Hülfe anregen dürfte. Sollte dies eintreffen, dann möchte es sich empfehlen, den Hilfsbedürftigen die etwaigen milden Gaben auf anderem Wege zugehen zu lassen, als in den Unglücksjahren 1844 und 1855, wo die Besagten von den massenhaften Kollekten nur den Nutzen hatten, daß von den bedeutenden milden Beiträgen ein Fonds gebildet wurde, aus welchem sie verzinsliche Darlehen gegen solidarische Sicherheit auf einige Jahre erhielten, die sie aber mit Androhung von Exekution und Subhastation wieder zur bestimmten Zeit zurück zahlen mußten, und zwar nicht nur baar erhaltenes Geld, sondern auch alte Sachen und Lebensmittel nach ihrem angeblichen Geldeswerth. Solche Hilfe hatte für die Bedrängten fast gar keinen Werth. Sollten sich Herzen getrieben finden zur Linderung der Noth ihrer Mitmenschen Etwas beizutragen, so wird dies in Wirklichkeit nur dann erfolgen, wenn sie ihre Gaben an irgend eine zuverlässige Persönlichkeit unter den Verunglückten selbst direkt zur gerechten Vertheilung abführen.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 20½ pCt. Russisch-Papier 20 pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5—6 pCt. Alte Kopeken 10—12 pCt. Neue Kopeken 15 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 19. Juli. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand 16 Fuß 3 Zoll.
Den 20. Juli. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand 14 Fuß 4 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Während der Wassersnoth haben nicht blos die Königl. Forifikations-Behörde und der Magistrat, sondern auch die Schiffer, welche vor der Stadt liegen, die Traftenbesitzer mit Tauwerk und Ankern in uneigennützigster und bereitwilligster Weise unterstützt, damit letztere ihre Eigenthum sichern konnten. n. n.

Auszug aus der „Newyorker Handelszeitung" vom 20. Juni 1867.

Ankunft deutscher Dampfer. „Es ist Alles schon einmal da gewesen" behauptet zwar der weise Rabbi Akiba in Gutzkow's „Uriel Acosta", aber daß ein Dampfschiff die Reise von Hamburg nach Newyork, eine Strecke von 3491 Meilen, in 10 Tagen und 17 Stunden zurücklegt, war bis Donnerstag voriger Woche noch nicht da gewesen; Capitain N. Trautmann war es vorbehalten, die Chronik der Dampfschifffahrt um dies Factum zu bereichern. Sonntag, den 2. Juni d. J. 6 Uhr Morgens von Hamburg abgegangen, passirte der deutsche Dampfer „Cimbria", Capt. N. Trautmann, trotzdem der Wind während der ganzen Reise contrair war, und Capt. Trautmann, wie er zu sagen pflegt „gar keine Gelegenheit hatte", bereits Mittwoch, den 12. Juni Nachts 11 Uhr Sandy Hook, die schnellste Reise über den Ocean, welche je zuvor gemächt wurde, gleich einer Fahrt von 9 Tagen 7 Stunden von Southampton, der von 8 Tagen 11 Stunden von Queenstown. Die durchschnittlich per Tag zurückgelegte Distanz der „Cimbria" betrug 326 Meilen. Selbstverständlich hat die „Cimbria" alle gleichzeitig und einige Tage früher oder später von Europa nach hier abgegangenen Dampfer geschlagen, u. a. auch den bisher als außerordentlich schnell berühmten englischen Dampfer „Persia", der am 2. Juni, also um dieselbe Zeit, als die „Cimbria" Hamburg verlassen, von Queenstown abgegangen und von letzterer überholt worden war. Von einem Passagier der „Persia" erfahren wir, daß deren Capitain vor Schreck todtenbleich wurde, als ihm in der Nähe von Sandy Hook der an Bord kommende Lootse die Botschaft brachte, daß die „Cimbria" „Eight Miles ahead" sei. Wir aber rufen: „Three Cheers for Capt. Trautmann and a Tiger!"

Inserate.

Bekanntmachung.

Am 26. Juli cr.
Vormittags 10 Uhr
sollen ein Halbwagen, ein offener Wagen und ein ganz verdeckter Wagen in dem hiesigen Rathhaushofe öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 15. Juli 1867.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Im Termine
den 23. Juli cr.
Vormittags 9 Uhr
sollen hier an der Gerichtsstelle verschiedenes Mobiliar und photographische Utensilien in öffentlicher Auction verkauft werden.

Thorn, den 5. Juli 1867.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Fischerei-Nutzung in dem diesseitigen halben Weichselstrome von der Kaszczorek-Treposcher Grenze bis zum Ende der Dorfgrenze von Gurske soll von jetzt ab bis zum 1. Juli 1870 anderweit verpachtet werden, und haben wir hierzu den Lizitations-Termin auf
Freitag, den 26. Juli cr.
Nachmittags 5 Uhr
in unserem Secretariat anberaumt.

Thorn, den 16. Juli 1867.

Der Magistrat.

Warnung vor Flaschen ohne mein Siegel und ohne die Firma: H. Underberg-Albrecht.

Preisgekrönt auf den Welt-Ausstellungen zu

LONDON 1862. DUBLIN 1865. OPORTO 1865 und zuletzt grosse Preismedaille PARIS 1867.

Empfehlenswerth für jede Familie!

Nichts ist so angenehm kühlend und erquickend in der heissen Jahreszeit auf Reisen und auf Märschen, als Zuckerwasser mit

Boonekamp of Maag-Bitter,

bekannt unter der Devise: „Occidit, qui non servat,“
erfunden und einzig und allein ächt destilirt von

H. Underberg-Albrecht

am Rathhause in RHEINBERG am Niederrhein,

Hoflieferant

Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. von Preussen, Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich von Preussen, Sr. Majestät des Königs von Bayern, Sr. Königl. Hoheit des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen und mehrerer anderen Höfe.

NB. Ein Theelöffel voll meines „Boonekamp of Maag-Bitter“ genügt für ein Glas von 1/4 Quart Zuckerwasser.

Derselbe ist in ganzen und halben Flaschen und in Flacons ächt zu haben in Thorn bei den Herren Benno Richter und Louis Wienskowsky, Bahnhof-Restaurateur.

General-Depôt für Frankreich, **(En-gros & en-detail.)** Nr. 9, Boulevar dPoissonnière, Paris.

Durch Ukas Sr. Majestät des Kaisers aller Reussen nach Russland importirt. Patentirt für ganz Frankreich.

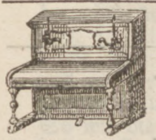
Salon-Petroleum

empfiehlt billigst die Droguen-Handlung von
C, W. Spiller.

---

500 Dutzend Porzellanteller,

p. Dtzd. Flache 1 Thlr., tiefe 1 Thlr. 5 Sgr., Dessertteller 6¾ Zoll Durchmesser 15 Sgr., 200 Dtzd. Façontassen à 25 Sgr., sowie andere weiße und decorirte Porzellane obigem Preise angemessen werden billigst verkauft bei
Carl Schmidt vorm. **S. J .Reinert**
in Bromberg, Bärenstr. 88.



Berliner Pianinos,

vorzügliche alte Violinen, Violen und Cellos, sowie alle Arten von Musik-Instrumenten, zu Kauf und Miethe, ital. und deutsche Saiten 2c. 2c. empfiehlt die Instrumentenhandlung von
C. Lessmann.
Kl. Gerberstraße 81.

Für Mund- und Zahnkranke

Wegen Tagung des Centralvereins deutscher Zahnärzte in Hamburg bin ich vom 28. Juli bis 15. August nicht zu sprechen, was ich hirmit zur gefälligen Beachtung meiner auswärtigen Patienten ergebenst anzeige.

Bromberg, den 10. Juli 1867.
W. Schultze,
prakt. Zahnarzt. Friedrichstr. 10 u. 11.

Die Grundstücke Neustadt 1, 6 u. 309 sind Erbschaftsregulirung wegen sofort zu verkaufen. Näheres bei
Gustav Meyer,
Neustadt Nr. 2.

Meine neuen Frankfurter Waaren sind angekommen und empfehle Stoffe, Tuche und Bukskings zu sehr billigen Preisen. Bestellungen auf Herrengarderobe werden elegant aufs Billigste ausgeführt. **Herm. Lilienthal.**

Dachpappen

bester Qualität empfiehlt billigst
M. Schirmer.

Reis

à 2 Sgr. pro Pfd. empfiehlt
Friedr. Zeidler.

Ich warne hiermit Jedermann, weder meinem Manne etwas zu borgen noch von ihm etwas zu kaufen, da ich für Nichts aufkomme.
Marie Neumann geb. **Nowracki.**

Um mit meinen sämmtlichen Waarenbeständen bis zum **1. Oktober** vollständig zu räumen, habe ich die Preise noch mehr herabgesetzt, und empfehle außer meinen Vorräthen von Leinwand, Tischzeugen und Modewaaren
5/4 breite Kattune . . . . à 3½ Sgr.
Herren-Oberhemden von 22½ „ an,
Sommer- und Winterjaquetts 25% unter dem Kostenpreise.
Simon Leiser.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet zu vermiethen Bäckerstraße Nr. 246.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Thorn bei **Ernst Lambeck:**

Das fidele Haus!

Humoristische

Leuchtkugeln, Witzraketen und Lachtauben-Eier.

Preis nur 7½ Sgr.

Motto: Beim Lachen kann man werden
Wohl hundert Jahre alt,
Drum kaufe dieses Büchlein,
Dann stirbst Du nicht so bald.

Im fidelen Haus ist der fidelste Stoff für eine recht fidele Stunde zu finden. Kein Leser wird das Buch aus der Hand legen, der sich nicht recht herzlich satt gelacht hätte.

Verlag von Ad. Spaarmann in Düsseldorf und Oberhausen.

Der beste Beweis für die Güte eines Fabrikats ist der, wenn sich die Consumenten lobend und anerkennend über dasselbe äußern. Wir verfehlen daher nicht die hier nachstehenden 2 Briefe zur weiteren Verbreitung der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Von dem R. F. Daubitz'schen Brust-Gelée*) habe ich einige Flaschen gegen meinen langjährigen Husten, verbunden mit großer Heiserkeit, derartig, (daß mir die Sprache schwer fiel,) **mit großem Erfolge angewendet.**

Ich kann daher diesen Brust-Gelée aufs angelegentlichste empfehlen.

Naclo, bei Tarnowitz, d. 14. Februar 1867.
M. Horoba, Schullehrer.

Geehrter Herr Daubitz.

Ihr Brust-Gelèe hat meiner Frau, welche lange Jahre an furchtbarem Husten litt, eine sehr große Erleichterung verschafft, und bitte mir 12 Flaschen von **diesem ausgezeichneten Gelèe** schleunigst zu senden 2c. 2c.

Hochachtungsvoll ergebenst
Warlubien, den 5. Februar 1867.
A. Milke, Bahnhof-Restaurateur.

*) **Lager von den** Daubitz'schen Fabrikaten hält die bekannte Niederlage.

Die Wähler

der Stadt und des Kreises Thorn erlauben wir uns zu einer

öffentlichen Versammlung
auf Freitag den 26. Juli
Vormittags 12 Uhr

in das Lokal des Herrn **Hildebrandt** behufs Besprechung über die Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage des norddeutschen Bundes hiermit einzuladen.

Thorn, den 19. Juli 1867.

Dewitz-Thorn, **O. Elsner**-Papau, **Engelke**-Thorn, **R. Feldkeller**-Kleefelde, **A. Heins**-Thorn, **Hoffmann**-Thorn, **von Kalinowski**-Thorn, **Koch**-Thorn, **Th. Kœrner**-Thorn, **C. v. Kries**-Friedenau, **C. Mallon**-Thorn, **H. Schwartz**-Thorn, **Weinschenk**-Lulkau, **R. Wentscher**-Rosenberg, **Dr. Brohm**-Thorn.

Bei ihrer Abreise von Thorn nach Texas ruft allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl zu **Johanna Seelig.**

Matjes-Heeringe

in schönster Qualität billigst bei
F. Raciniewsky,
Neust. Markt.

Dr. Scheibler's Aachener Seife und Mundwasser, Lilionese, Laabessenz, Honeywhater, Eau de Bôtot, Emser Pastillen, Baschins Leberthran, Badesalze, Malzpräparate 2c. empfiehlt die Droguenhandlung von **C. W. Spiller.**

Echten Limburger Käse in vorzüglicher Qualität empfiehlt **Adolph Raatz.**

Herrschftl. Wohnungen z. verm. Schülerstr. 410.

Feinste engl. Matjes-Heeringe

so wie Fett-Heeringe à Sch. 10 Sgr. empfiehlt
Gustav Kelm.

Neust. Gerechtestr. 95 sind Wohnungen von 2 3. u. 4 Stuben nebst Zubehör, auch ein geräumiger Laden mit Wohnung zu vermiethen.

Eine Wohnung von 3 Zimmern ist sogleich, oder vom 1. Oktober zu vermiethen, Markt u Culmerstraßenecke **Herm. Lilienthal.**

Bäckerstraße Nr. 253. 1 Wohnung zu vermiethen.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 14. Juli Olga Johanna Helene, T. d. Schornsteinfegermstr. Fucks; Martha Anna Helene, T. d. Schuhmachermstr. Schönbalk; Paul Hermann, S. d. Schneidergef. Damaschke; Oskar Johannes, S. d. Arb. Lange; Reinhold Paul, unehel. S.

Getraut: Den 14. Juli der Tischlergef. Schäfer mit Mathilde Krüger; den 18. der Premierlieutenant Wenzel mit Jungfr. Hedwig Voigt.

Gestorben: Den 10. Juli Hulda, T. d. verstorbenen Schneidermstr. Eichstädt, 4 J. 9 M. alt, a. d. Auszehrung; den 16. die Kaufmannsfrau Marie Bannach, 78 J. 26 T. alt, am Schlaganfall; den 17. Karl, S. d. Schiffseigenth. Schwarz, 1 J. 24 T. alt, am Durchbruch der Zähne.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Den 7. Juli Johann, S. d. Arb. Karczewski in Fisch.-Vorst.; Paul und Peter, Zwillingssöhne d. Arb. Romanowski in Rubinkowo; Anna Julianna, T. d. Arb. Brzyski in Blotgarten; den 14. Wladislaus Franz, S, d. Arb. Kozlowski in Gr. Mocker; Johann und Andreas. Zwillingssöhne d. Arb. Marszewski in Neumocker.

Gestorben: den 28. Juni Paul, S. d. Arb. Romanowski in Rubinkowo; den 8. Juli der pension. Gerichtssekr. v. Bojanowski in Gr. Mocker, 79 J. alt, am Typhus; den 10. Alexander Tary, unehel. S., in Gr. Mocker, 11 M. alt, a. d. Auszehrung; den 15. Andreas, S. d. Arb. Marszewski in Neumocker, 8 T. alt, an Schwäche; den 18. Oskar Kielecki, unehel. S., in Kl. Mocker, 1 M. 14 T. alt, an Krämpfen.

In der neustädtischen evangel. Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 14. Juli Anna Hedwig, T. d. Fuhrherrn Gude; Paul Martin, S. d. Arb. Obermüller; Eline Charlotte Gertrud, T. d. Grenzauff. Gövalmann in Bahnhof Ottloczyn; Johanna Hedwig Alina, T. d. Grenzauff. Langner in Bahnhof Ottloczyn; den 18. Karl Heinrich, S. d. Oberlehrers am Königl. Gymnasium Böthke.

Getraut: Den 11. Juli der Predigtamtskandidat Gonell mit Jungfr. Klara Sponnagel.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 14. Juli Hermann Julius, S. d. Stiftenmachers Ramin in Neumocker; Henriette Wilhelmine, T. d. Tischlermstr. Szimny in Kulmer Vorst.

Getraut: Den 14. Juli der Arb. Janke mit Pauline Girand in Bromb. Vorst.

Gestorben: Johann Franz, S. d. unverehel. Strenz in Bromb. Vorst., 1 J. 4 M. 7 T. alt, a. d. Auszehrung.

Es predigen:

Am 5. Sonntag nach Trinitatis, den 21. Juli cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Liedtke.
(Kollekte für den Thurmbau.)
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel. (Katechisation.)

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Predigtamtskandidat Karmann aus Danzig.
(Probepredigt behufs Neubesetzung der neustädtischen Pfarrstelle.)
Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe. (Katechisation.)
(Vor- und Nachmittags-Kollekte zum Besten des Berliner Hauptvereins für die Evangelisirung China's.)
Mittwoch, den 24. Juli Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr Pfarrer Schnibbe.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck (in Vertretung Carl Marquart.) — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.